

«Ich habe aus Notwehr geschossen»

Ein Abend veränderte das Leben von Fredi (68) – nun verbringt er seine Tage in Angst vor der Rache

Von Mischa Hauswirth

Basel. Am 28. September hat Fredi* sein Vertrauen in die Justiz verloren. Das Strafgericht hat ihn wegen versuchter vorsätzlicher Tötung zu zwei Jahren Gefängnis bedingt verurteilt, obwohl er sich einfach aus «grosser Angst» gewehrt habe. «Mein Leben ist zerstört», sagt der 68-jährige Schweizer. «Jetzt bin ich vorbestraft, habe einen Haufen Schulden, muss dem Mann, der mich angegriffen hat, 7000 Franken bezahlen und kämpfe mit gesundheitlichen Problemen.»

Auf dem Salontisch bei Fredi zu Hause stapeln sich Medikamenten-Packungen, alle von Ärzten verschrieben. Darunter seien auch Antidepressiva, sagt Fredi. «Die Ungewissheit vor dem Prozess und dann der Prozess selber haben mir massiv zugesetzt.»

Noch immer versucht Fredi zu verstehen, was passiert ist. «Ich habe Susana* immer nur helfen wollen, warum ich mich nicht klarer von ihr abgegrenzt habe, verstehe ich selber nicht so genau», sagt er. «Hätte ich es getan, wäre das alles gar nicht passiert.»

Hintergründe ungenügend geklärt

Fredi musste sich vor Gericht verantworten, weil der 23-jährige Bulgare Dimitri* gewaltsam in seine Wohnung eingedrungen war und ihn massiv bedroht hatte. Dimitri ist der Mann von Susana (37) und prügelte wie wild auf die Frau ein, während Fredi versuchte, ihn davon abzubringen. Als alles nichts nützte und er versuchte, die Polizei zu rufen, schlug ihm Dimitri das Handy aus der Hand. «Ich stand hilflos da. Er kam immer wieder bedrohlich auf mich zu», erzählt Fredi. «Da habe ich meine Pistole genommen.»

Die Waffe war im Spielautomaten versteckt. «Ich war so nervös, dass sie mir zuerst runtergefallen ist», erinnert sich Fredi. Weil Dimitri immer wieder drohend auf ihn zukam, drückte Fredi ab. Jedenfalls ist das seine Version. Verbürgt hingegen ist: Die Kugel verletzte den Bulgaren lebensgefährlich. Die Staatsanwaltschaft klagte Fredi deshalb wegen vorsätzlicher Tötung an. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren bedingt (BaZ vom 29. September).

Für Fredi hat das Gericht zu wenig genaue Abklärungen getroffen. Zum Beispiel, wer an der Vorgeschichte, die zu dieser Eskalation in der Wohnung geführt hat, alles beteiligt war. Zudem sei es nicht der Bruder von Dimitri gewesen, der mit ihrem Mann in Susanas Wohnung eingebrochen war, wie die Staatsanwaltschaft und das Gericht fälschlicherweise annahmen. Vielmehr sei es Susanas Bruder gewesen. Keine Abklärungen habe es weiter zur Frage



Von der Justiz enttäuscht. Die Polizei hat Fredi nie nach Belegen für Überweisungen gefragt, warum, weiss er nicht. Foto hws



Zur Prostitution gezwungen? Susana drehte vor Gericht ihre Aussagen aus der Untersuchung um.

gegeben, ob sich Susana prostituierte, obwohl sie mit ihrer B-Niederlassungsbewilligung eine volle IV-Rente bezieht. Fredi hat allerdings Fotos, die Susana bei der Arbeit in einer Kontaktbar zeigen sollen, vor zwei Wochen.

Die IV Basel-Stadt sagt auf Anfrage, dass sie zu konkreten Fällen aus Datenschutzgründen keine Auskunft erteilen

dürfe. «Die Hintergründe zu beleuchten, hätte vielleicht Aufschlüsse über die schwierige Situation von Susana gebracht», sagt Fredi. Konkret meint er, dass Dimitri es bei der Heirat klar darauf abgesehen habe, Susana für sich anschaffen zu lassen; genau das hat ihm die Staatsanwaltschaft vorgeworfen, das Gericht sah jedoch zu wenig Beweise dafür.

Nicht die Wahrheit gesagt

Es war eine Impulsiv-Heirat – Susana kannte ihren Mann erst wenige Tage, als sie einwilligte. «Sie hat mir gesagt, sie sei sturzbetrunken gewesen», erzählt Fredi. Geliebt habe sie immer nur ihren Dealer, mit dem sie auch eine Beziehung führte.

Warum erzählt das Fredi erst jetzt, in der Zeitung? Er sei während des Prozesses sehr nervös gewesen, sagt er, sodass er manchmal nicht richtig gewusst habe, was er sagen soll. «Für mich ist es jedoch sehr verwunderlich, dass der Bulgare von den Vorwürfen «Freiheitsberaubung und Entführung» sowie «Förderung der Prostitution» freigesprochen worden ist», erklärt Fredi, «ich aber habe diese Strafe erhalten.»

Am Tag vor der fatalen Szene mit dem Schuss habe Susana Fredi spät-nachts angerufen und flehentlich gebe-

ten, ihr 100 Euro zu schicken, erzählt der Rentner. «Ich habe gehört, dass sie Angst hatte. Ich kenne sie genug gut, um das beurteilen zu können. In der ersten Aussage hat sie genau das zu Protokoll gegeben. Sie sagte in jenem Anruf, sie wolle so rasch wie möglich weg von hier.» Während des Gerichtsprozesses allerdings belastete sie Fredi mit der Aussage, er habe sie manipuliert, was das Gericht nicht glauben mochte.

Nur langsam fand Fredi heraus, dass Susana mit «hier» Deutschland gemeint hatte, wo genau, das habe sie ihm auf Nachfragen nicht sagen können. «Sie sagte mir aber, dass sie entführt worden sei.» Am nächsten Morgen ging Fredi zu Western Union und überwies 100 Euro an Susana.

Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt ging davon aus, dass ihr Mann sie in Deutschland zur Prostitution gezwungen hat oder dazu zwingen wollte, wie in Basel schon und dass sie nicht freiwillig mitgegangen war. Fredi hält das für gut möglich. Das Gericht aber musste Dimitri freisprechen, weil die Beweislage zu dünn war.

Fredi zeigt einen Stapel von Überweisungsbelegen – Nachweise über das Geld, das er Susana immer wieder überwiesen habe. «Die Polizei hat mich nie nach den Belegen gefragt», sagt er.

«Warum, weiss ich nicht. Aber vielleicht hätte das Gericht dadurch einen anderen Blick auf die Dinge bekommen.»

Müde und verschwitzt kam Susana am 12. Dezember 2016 bei Fredi in seiner Wohnung am Bläsiring an. «Sie hat mir gesagt, ihr Mann wisse nicht, wo sie sei und er habe sie entführt.»

Angst um Bruder

Da Dimitri von den Vorwürfen Förderung der Prostitution und Entführung freigesprochen wurde, erhielt er eine bedingte Gefängnisstrafe, die er beim Schuldspruch bereits durch die Untersuchungshaft abgesessen hatte. Der Richter ordnete seine Freilassung an und die Überstellung in die Obhut der basel-städtischen Migrationsbehörde. Was das bedeutet, erklärt Martin Schütz, Sprecher des Justiz- und Sicherheitsdepartements Basel-Stadt: «Wenn das Strafgericht ein Urteil mit Landesverweis fällt und die betroffene Person zuhänden des Migrationsamts entlässt, wird diese Person nicht auf freien Fuss gesetzt. Sie wird entweder ausgeschafft oder es findet eine kontrollierte Ausreise aus der Schweiz statt.»

Fredi hat Zweifel, dass er nicht wieder zurückkommt. Konkret fürchtet er Rache. «Mir hat Susana erzählt, ihr Bruder habe in Bulgarien das Bein nicht bei einem Unfall gebrochen, wie es offiziell hiess», sagt Fredi. Vielmehr hätten Schläger aus dem Umfeld von Dimitris Familie nachgeholfen. Ob das von ihm frei erfunden ist oder

«Die Ungewissheit vor dem Prozess und der Prozess selber haben mir massiv zugesetzt.»

Fredi

den Tatsachen entspricht – schwierig zu prüfen. Susana jedenfalls hat ihre gemachten Erstaussagen während des Gerichtsprozesses komplett widerrufen und alles, was ihren Mann belastete, zurückgenommen. Für Fredi ist dies ein Beleg dafür, dass von diesen Menschen beträchtliche Gefahr ausgeht. «Sie hat Angst um ihren Bruder und ihre Mutter. Das hat sie mir selber gesagt», sagt Fredi.

Er hofft nun, dass die nächsthöhere Gerichtsstanz seine Notwehr nochmals neu beurteilt und anerkennt, dass er da ungewollt in etwas hineingezogen wurde. Und dass die Strafe für Dimitri nach oben korrigiert wird. Wann der Prozess vor Appellationsgericht verhandelt wird, ist noch nicht bekannt.

*Name von der Redaktion geändert

Lieber einen «Lobbyisten» als einen «Leiter Politikvorbereitung»

Grossrat will eine bessere Vertretung des Kantons in Bundesbern

Von Franziska Laur

Basel. Der LDP-Grossrat Heiner Vischer stellt in einer Interpellation einige drängende Fragen an die Regierung. Er will wissen, ob nach fünf Jahren der «politischen Interessenvertretung» von Basel-Stadt in Bundesbern eine positive Bilanz gezogen werden könne. Vor gut einem Monat hat Basels politische Interessenvertreterin Muriel Brinkroff ihren Rücktritt bekannt gegeben. Diese Ankündigung hat eine Debatte in Gang gesetzt.

Die meisten Politiker urteilten, Brinkroff habe ihren Job nicht schlecht gemacht, sei jedoch nicht genug effizient gewesen, um die Interessen des Kantons in Bundesbern durchzubringen. Vischers Parteikollege Christoph Eymann fragte sich gar, ob es diese Stelle überhaupt noch brauche. Schliesslich könnten die Nationalräte dieses Lobbying ja übernehmen.

Dieser Meinung ist Heiner Vischer indes nicht. «Wenn man sieht, wie beispielsweise das Herzstück im Vernehmlassungsentwurf des Bundesrates für den Ausbau des Bahnnetzes abgeschnitten hat, wäre eine Lobbyisten-

Stelle bei der Behandlung im Nationalrat sicherlich von grossem Nutzen», sagt er. Es zeige sich, dass andere Kantone starke Lobbyisten haben und Basel müsse noch mehr strampeln als andere, da es relativ weit von Bern liege.

Anforderungsprofil definieren

Vischer will denn auch vom Regierungsrat wissen, ob er nicht der Meinung ist, dass der Wechsel eine Chance sei, die Stellenbeschreibung zu überdenken und zu modifizieren. Schliesslich hätten im Bundeshaus mehrere Kantone Lobbyisten.

Hilfreich dürfte sein, wenn das Anforderungsprofil von Brinkroffs Nachfolger genau definiert wird. Die Leitung der Abteilung Standortmarketing des Präsidialdepartements (PD), Sabine Horvath, stört sich jedoch am Wort «Lobbyistin». So hat das PD Massnahmen ergriffen und die Bezeichnung der Stelle geändert. Sie heisst jetzt anstatt «Leiter/in politische Interessenvertretung in Bundesbern» «Leiter/in Politikvorbereitung». Wird es bei der Änderung der Stellenbezeichnung bleiben, dürfte niemand so richtig glücklich sein.

SVP-Grossrat will Transparenz bei den Sozialhilfeausgaben

Form und Dauer der Hilfe sollen aufgeschlüsselt werden

Von Franziska Laur

Basel. Die steigenden Basler Sozialhilfeausgaben geben immer wieder zu reden. Besonders seit bekannt wurde, dass sie auch im 2018 wieder massiv ansteigen werden. Wie SVP-Grossrat Felix Wehrli in einer Interpellation festhält, betrage der Anstieg in den vergangenen fünf Jahren schon 20 Prozent und seien die Ausgaben auf 697 Millionen Franken geklettert. Gemäss Statistischem Amt sei der Ausländeranteil in den vergangenen 15 Jahren besonders gestiegen. Waren 2001 noch 44,7 Prozent der Sozialhilfebezügler Ausländer, seien es jetzt bereits 55,1 Prozent.

Wehrli möchte nun vom Regierungsrat die Gründe für den rasanten Anstieg des Anteils an Ausländern und Ausländerinnen in der Sozialhilfe wissen. Noch wichtiger jedoch ist ihm Transparenz. So will er, dass der Regierungsrat die bereits bekannten Zahlen mit der Situation in anderen Städten vergleicht und diese tabellarisch auflistet. Namentlich möchte er, dass der Vergleich zwischen Basel und den Städten Zürich, Bern, Genf, Winterthur, Lausanne, Luzern und Lugano gezo-

gen wird. Ausserdem bittet Wehrli den Regierungsrat, ab 2011 aufzuschlüsseln, woher die Sozialhilfebezügler stammen, welchen Aufenthaltsbewilligungs-Status sie haben und seit wann sie in der Schweiz sind. Auch will er Alter, Geschlecht und Dauer der bisherigen Sozialhilfebezügler wissen.

Unbehagen in der Bevölkerung

Seit in Nidau bei Biel der Fall des Hasspredigers Abu Ramadan und in Basel eine tunesische Familie für Aufregung sorgten, weil sie schon seit Jahren grosse Summen an Sozialhilfe bezogen, hagelt es Vorstösse in den Parlamenten. Die Lokalpolitiker pochen auf Transparenz in diesem Bereich und stossen meist auf Granit, da sich die Behörden auf den Persönlichkeitsschutz berufen.

Doch da der Mittelstand immer mehr belastet wird, wie in der BaZ die heftig diskutierte Geschichte über Rösly M. zeigt, die aufgrund der Erhöhung der Eigenmietwertsteuer in finanzielle Not geraten ist, sind Teile der Bevölkerung und Politik immer ungehaltener über die Umsorgung der Ausländer durch den Sozialstaat.

Nachrichten

Das Heks beider Basel entschädigt Dolmetscher

Basel. Das Hilfswerk Heks beider Basel zahlt 200 Dolmetschern insgesamt eine Entschädigung von 70000 Franken. Dies nachdem die BaZ publik machte, dass das Heks Dolmetscher um Teile ihrer Löhne prellte. Ebenso war es den dolmetschenden Migranten untersagt, eine Stelle als Dolmetscher anzunehmen, von der sie leben könnten. Das umstrittene Konkurrenzverbot sei aufgehoben, teilt Heks mit.

Gewalt und Verletzte bei FCB-Match

Basel. Beim Champions-League-Spiel zwischen dem FC Basel und Benfica Lissabon am 27. September ist es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Wie die Basler Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, wurden dabei pyrotechnische Gegenstände gezündet und mehrere Personen verletzt. Die Polizei habe in der Folge 59 Personen kontrolliert; 32 Kroaten, 21 Portugiesen, fünf Schweizer und einen Engländer. Es wurde ein Verfahren wegen Raufhandels und Landfriedensbruchs eingeleitet. Die Polizei sucht Zeugen.